

Be 26. Sep. 68 16

Bern, den 26. September 1968

p.B.41.21.Tch.O. - KF/zu

VERTRAULICH

Schweizerische Botschaft

P r a g

Herr Botschafter,

Eine tschechoslowakische Regierungsdelegation, umfassend die Herren Josef Zednik, Vizepräsident der Nationalversammlung, Stefan Gasparik, Minister für Staatskontrolle, Vladimir Kaigl, Generalsekretär der Nationalversammlung sowie Stefan Daubner, Sekretär von Minister Gasparik, hat sich am vergangenen Sonntag auf der tschechoslowakischen Botschaft in Bern mit einer Anzahl der in der Schweiz weilenden Tschechoslowaken unterhalten, um sie über die Lage in der Tschechoslowakei zu informieren und, wenn möglich, zur Rückkehr zu bewegen.

Schweizerischerseits bestanden ursprünglich gegen dieses Vorhaben gewisse Bedenken (unzulässige Beeinflussungsversuche von Flüchtlingen in der Schweiz durch ausländische Funktionäre bzw. Amtshandlung eines fremden Staates auf Schweizerboden). Anlässlich einer präliminären Zusammenkunft mit dem tschechoslowakischen Botschafter in Bern wurden diese Bedenken vorgebracht und ein Modus aufgestellt, der ihnen Rechnung trug: An der Zusammenkunft sollte ausdrücklich erwähnt werden, dass die Einladung zur Rückkehr nach der Tschechoslowakei von keinerlei Druckmitteln begleitet war; jegliche Schwarzmalerei in bezug auf die schweizerischen Verhältnisse bezüglich Aufenthalt von Ausländern sollte unterbleiben; je eine schweizerische und eine Pressemitteilung der tschechoslowakischen Botschaft sollten getrennt erfolgen, wobei aus der Mitteilung der Botschaft klar hervorgehen musste, dass die Zusammenkunft auf deren Initiative und Verantwortung hin erfolgte; wenn möglich sollte ein Beobachter der Fremdenpolizei der Zusammenkunft beiwohnen. - Die Botschaft erklärte sich mit diesem Modus einverstanden.

./.

- 2 -

Die tschechoslowakische Botschaft hatte ursprünglich mit der Anwesenheit von ca. 400 Tschechoslowaken gerechnet; tatsächlich stellten sich lediglich rund 150 zu der Orientierung ein. Aus Bemerkungen seitens von Vertretern der Botschaft wie auch der Regierungsdelegation konnten wir entnehmen, dass der Zweck der Orientierung nicht erreicht worden ist, d.h. dass sich die Tschechoslowaken in der Schweiz nach wie vor im allgemeinen nicht zur Rückkehr entschliessen können und weiteres Abwarten vorziehen.

Ursprüngliche Pläne, ähnliche Orientierungen auch in Genf und Zürich durchzuführen, wurden angesichts dieses Resultates fallengelassen. Indessen sollen analoge Zusammenkünfte in andern westlichen Städten vorgesehen sein.

Der Grund für die Insistenz, mit der die Tschechoslowaken in der Schweiz zur Rückkehr bewegt werden sollen, ist offenbar nicht in politischen Motiven zu suchen, sondern in der Tatsache, dass es sich bei den im Ausland befindlichen Tschechoslowaken meist um qualifizierte und spezialisierte Arbeitskräfte handelt, auf die die tschechoslowakische Wirtschaft nicht verzichten zu können glaubt.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen Hochachtung.

EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT
Politische Angelegenheiten
I. A.

Mlesch